

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen im gesamten Land Brandenburg sicherstellen!

Der Landtag stellt fest:

Flüchtlinge und AsylbewerberInnen haben oft Traumatisches erlebt und verdienen unseren Schutz und Respekt.

Der Landtag möge beschließen:

Die Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen muss im gesamten Land Brandenburg daran ausgerichtet sein, dass die örtliche, räumliche und soziale Situation mit der Menschenwürde im Einklang steht und eine erfolgreiche Integration ermöglicht. Die Unterbringung muss zentrumsnah und mit Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr erfolgen. Der Zugang zu Ämtern, Ärzten, Arbeit, Bildung, Kindertagesstätten und Schulen muss ohne großen Aufwand möglich sein. Es bedarf einer umfassenden sozialen Betreuung, einer Betreuung für besonders Schutzbedürftige wie Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, allein Erziehende, Schwangere, Ältere, Behinderte und Menschen, die Gewalt und Folter erlebt haben, sowie einer Integrationsförderung mit qualifiziertem und interkulturell geschultem Personal.

Die Unterbringung in Wohnungen oder abgetrennten Wohneinheiten ist der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften grundsätzlich vorzuziehen, es sei denn die gemeinsame Unterbringung ist aus sozialen oder therapeutischen Gründen sinnvoll. Diese Entscheidung sollte die jeweilige Person selbst treffen können.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bei der Überarbeitung der Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung die genannten Aspekte zu berücksichtigen,
2. sich dafür einzusetzen, dass die für die Landkreise und kreisfreien Städte bestehenden Ermessensspielräume dahingehend genutzt werden, dass die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften nicht länger als zwölf Monate dauern sollte und dass Personen mit besonderen Bedürfnissen bevorzugt in Wohnungen unterzubringen sind,
3. sich auf Bundesebene für die Änderung der entsprechenden Regelungen im Asylverfahrensgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz einzusetzen.

Datum des Eingangs: 05.04.2011 / Ausgegeben: 05.04.2011

Begründung:

Im Land Brandenburg gibt es 17 Gemeinschaftsunterkünfte – sehr gute aber leider auch einige schlechte. Die schlechten Unterkünfte zeichnen sich durch eine isolierte Lage außerhalb oder am Rand von Ortschaften (frühere Kasernen), mehrfach belegte Zimmer mit gemeinschaftlich genutzten Sanitärräumen oder einen schlechten baulichen Zustand aus (siehe Sonderheft der Flüchtlingsräte „AusgeLAGERt – zur Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland“).

Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften wird zwar durch die Bundesgesetze gefördert, jedoch wird sie nicht zwingend vorgeschrieben:

§ 53 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz: „Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, sollen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Hierbei sind sowohl das öffentliche Interesse als auch Belange des Ausländers zu berücksichtigen.“

§ 3 Abs. 1 Asylbewerberleistungsgesetz: „Der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird durch Sachleistungen gedeckt.“

Da die Unterbringung in Wohnungen zum Teil wirtschaftlicher ist, kann dies dem öffentlichen Interesse mehr entsprechen als die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Die Sachleistung „Unterkunft“ kann auch in Form von Wohnungen erbracht werden.

Das Landesaufnahmegesetz von Brandenburg (§ 4) geht davon aus, dass die Versorgung mit Wohnraum an erster Stelle stehe und nennt ausdrücklich „Übergangswohnungen“ als Unterbringungsmöglichkeit:

„Solange eine Versorgung mit Wohnraum im Zeitpunkt der Wohnsitznahme nicht möglich ist, sind die Personen in Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung vorübergehend unterzubringen. § 53 des Asylverfahrensgesetzes bleibt unberührt. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind verpflichtet, die erforderlichen Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung (Übergangswohnheime und Übergangswohnungen) zu errichten und zu unterhalten und die Betreuung der Personen zu gewährleisten. Mit der Betreuung von Übergangswohnheimen und der Betreuung und sozialen Beratung der Personen können die Landkreise und kreisfreien Städte auch Dritte beauftragen.“

Dafür werden den Landkreisen und kreisfreien Städten die Kosten erstattet (§ 6 Landesaufnahmegesetz). Überdies werden auch die Kosten für die soziale Betreuung und eine Investitionspauschale für die Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften erstattet:

„Für die überregionale soziale Betreuung und Sicherheitsmaßnahmen für Gemeinschaftsunterkünfte werden dem jeweiligen Landkreis oder der kreisfreien Stadt die notwendigen und angemessenen Kosten gesondert pauschal erstattet. Für die von der Erstattungsbehörde genehmigte Errichtung und Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften wird eine Investitionspauschale in Höhe von 2300,81 Euro pro Platz erstattet.“

Im Runderlass zur Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen fehlt es an einem klaren Bekenntnis:

Flüchtlinge „sollen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Ausnahmeentscheidungen, die nach § 53 Abs. 1 Satz 2 Asylverfahrensgesetz möglich sind, sind unter Berücksichtigung des Kostenaspekts im Interesse der Betroffenen großzügig zu treffen. Bei den persönlichen Belangen sind insbesondere gesundheitliche Gründe und/oder die Familienverhältnisse

und/oder die Dauer des Aufenthalts im Zusammenhang mit der Verweilperspektive zu berücksichtigen.“

Die bisherigen Bemühungen der Landesregierung, eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten, werden begrüßt. Jedoch bleibt in diesem Bereich einiges zu verbessern.

Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN